

und diese Anerkennung ist nur möglich gewesen auf dem Wege über Artikel 6 der Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums, wo es heißt, daß bei der Würdigung der Unterscheidungskraft einer Marke alle Tatumsstände zu berücksichtigen sind, insbesondere die Dauer des Gebrauchs der Marke. Als Folge der Anerkennung dieses Prinzips durch das Patentamt auch für den Geltungsbereich des deutschen Zeichenrechts hat sich bekanntlich die Eintragung der Warenzeichen „Deutzmotor“, „Elberfelder Farbenfabriken“²⁾ usw. ermöglichen lassen. Zwingt die Würdigung der Unterscheidungskraft zu einer Bewertung der Gebrauchsdauer und des Gebrauchsumfanges, so muß dies dahin führen, daß man ein Zeichen, das sich im Verkehr durch die Güte der Ware, für die es verwendet wird, durchgesetzt hat, nicht deswegen als „schwaches“ Zeichen bezeichnen darf, weil zufällig eine Anzahl älterer, ähnlicher Zeichen existieren, ohne daß diese älteren Zeichen überhaupt benutzt worden sind. Will man die Unterscheidung in „starke“ und „schwache“ Warenzeichen durchführen, so ist also nicht, wie Warschauer meint, zu untersuchen, ob das Zeichen bereits zur Zeit der Anmeldung so beschaffen war, daß es geeignet war, die Ware eines Geschäftsbetriebes von denen eines anderen zu unterscheiden, und dann die graduelle Prüfung eintreten zu lassen; die Frage, ob „starke“ oder „schwache“ Zeichen, hat vielmehr der Verkehr zu entscheiden, d. h. mit anderen Worten, es ist zu prüfen, ob sich das Warenzeichen im Verkehr als Kennzeichen für einen bestimmten Gewerbebetrieb durchgesetzt hat oder nicht³⁾. Es ist sehr wohl möglich, daß ein Zeichen, das auf Grund seiner Beschaffenheit mit Rücksicht auf ältere, wenn auch rein papierne Zeichen, zunächst als ein „schwaches“ zu gelten hat, durch intensive Reklame, Güte der Ware usw. zum mindesten gegenüber einem jüngeren Zeichen, zu einem derart „starken“ wird, daß diesem Zeichen derselbe Schutz zugestanden werden muß wie einem älteren, auf dem Papier als „stark“ anzusprechenden Zeichen. Indirekt wird auf diese Weise allerdings eine Art Ausübungszwang eingeführt, damit wird aber nichts anderes getan, als daß man dem Sinne des Warenzeichens gerecht zu werden versucht: ein lebender Ausdruck des Verkehrs zu sein und nicht ein toter Buchstabe, der bestenfalls geeignet ist, dem lebendigen Verkehr Abbruch zu tun.

Betrachtet man von diesem Gesichtspunkte aus das „Gillette“-Zeichen und das in Frage kommende Gegenzeichen und fragt man sich, warum eigentlich bei dem jüngeren Zeichen ausgerechnet die Rhombusform benutzt worden ist, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die Schaffung des jüngeren Zeichens nur geschehen ist, um auf Grund der Ähnlichkeit mit dem weitverbreiteten „Gillette“-Zeichen durch Verwechslung schneller in den Verkehr zu kommen. Es kann aber nicht Sinn des Warenzeichengesetzes sein, den Nachahmer auf Kosten des Vorberechtigten zu schützen. [A. 181.]

Neue Apparate.

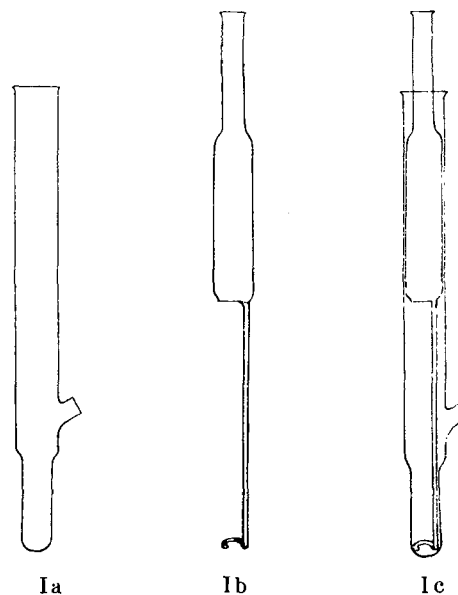
Einfache Apparate zur thermischen Analyse.

Von H. Rheinboldt, Bonn a. Rh.

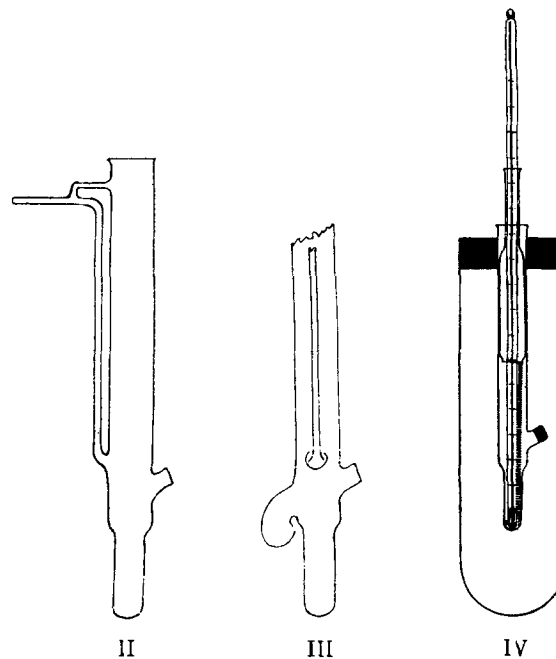
Durch die systematische Untersuchung von „Molekülverbindungen“ ist die thermische Analyse zu einer allgemein üblichen Methode der Laboratoriumspraxis geworden. Zahlreiche anorganische, anorganisch-organische und besonders organische

Systeme sind mit ihrer Hilfe auf die Existenz von Molekülverbindungen hin untersucht worden.

Für die Aufnahme des Zustandsdiagramms anorganisch-organischer sowie rein organischer Systeme genügen zumeist Apparate aus Glas, welche zudem den Vorteil bieten, daß die „primäre Kristallisation“ mit dem Auge beobachtet werden



kann. Als einfachster Apparat dient ein Beckmannsches Gefäß¹⁾, in das ein Rührer sowie ein Thermometer (oder Thermoelement) eingeführt werden. Das Gefäß wird in ein Heizbad eingehängt²⁾. Da man hierbei aber — selbst bei Reihenversuchen — größere Mengen Substanz verbraucht, um ein Diagramm einwandfrei aufzunehmen, so wurde die Apparatur mehrfach modifiziert, indem der untere Teil des Gefäßes entsprechend verengt wurde³⁾.



In den Figg. I bis IV ist eine einfache Versuchsanordnung wiedergegeben, die wir im Verlauf der letzten Jahre zu zahlreichen Untersuchungen mit Erfolg verwendet haben. Das Schmelzgefäß (Ia) besteht aus einem 25 cm langen und 2,0 cm

¹⁾ E. Beckmann. Z. phys. Ch. 21, 241 [1896], 44, 171 [1903].

²⁾ Auf diese Weise wurden die zahlreichen Untersuchungen von R. Kramann über binäre organische Systeme ausgeführt; vgl. Wien. Monatsh. 25, 1230 [1904] und die folgenden Jahrgänge; ferner R. Kramann, Die Restfeldtheorie der Valenz auf Grund der organischen Molekülverbindungen. (F. Enke-Stuttgart 1923.)

³⁾ vgl. z. B. O. Scheuer, Z. phys. Ch. 72, 518 [1910].

²⁾ Blatt für Patentmuster und Zeichenwesen 1922, 29.

³⁾ Vgl. Katz, Juristische Wochenschrift 1924, 93.

weiten Glasrohr mit seitlichem Tubus, das an seinem unteren, geschlossenen Ende in 4,0 cm Länge auf 1,0 cm lichte Weite verengt ist. Der Rührer (Ib), aus einem Glasrohr mit angeschmolzenem Glasstab, ist so geformt, daß er in seinem oberen Teile sowohl der Wandung des Schmelzgefäßes wie dem Thermometer eng anliegt (Ic und IV). Dadurch ist eine sichere Bewegung des Rührers gewährleistet, die ein Abbrechen vermeidet. Der untere, halbkreisförmig etwas nach abwärts gebogene Teil des Rührers muß bis auf den Boden des Schmelzgefäßes reichen. Die Zugabe der Substanz erfolgt durch den im unteren Teil des Rohres angebrachten Tubus, der mit einem Korken oder eingeschliffenen Glasstopfen verschlossen wird. Zum Gebrauch wird das Ganze mittels eines Korkstopfens in einen weiten Glasmantel eingehängt, der als Luftbad dient und mit der unteren Hälfte in ein Heizbad eintaucht. Ist die Substanz klar durchgeschmolzen, so wird das Schmelzgefäß in den oberen Teil des Luftmantels, der durch eine Klammer gehalten wird, hochgezogen, so daß sich der verjüngte Teil in Augenhöhe befindet. Der Korken muß so angepaßt sein, daß sich das Rohr in seiner Bohrung sowohl bequem verschieben läßt als auch

während des Rührens in seiner Lage vollkommen festgehalten wird. Drückt man mit der linken Hand oben auf das Thermometer, so kann man mit der rechten durch Auf- und Abbewegen, sowie durch Quirlen des Rührers die Schmelze bequem durchmischen. An dem Thermometer bringt man vorteilhaft in geeigneter Höhe einen schmalen Gummiring an, der als Anschlag für den Rührer dient. Bei tiefliegenden Erstarrungspunkten wird das Schmelzrohr ganz aus dem Luftmantel herausgenommen, und das verjüngte Ende eventuell in ein Kältebad eingetaucht.

Für feuchtigkeits- und luftempfindliche Stoffe dient der Apparat II, durch den während der ganzen Versuchsdauer ein trockener, indifferenten Gasstrom geleitet werden kann. Mit diesem Modell konnten ohne Schwierigkeit z. B. Systeme mit Zinntribromid untersucht werden. Für extrem feuchtigkeitsempfindliche Stoffe wurde gegenüber der Einfüllöffnung eine kleine Birne angebracht, die mit einem geeigneten Trocknungsmittel gefüllt werden kann (Apparat III).

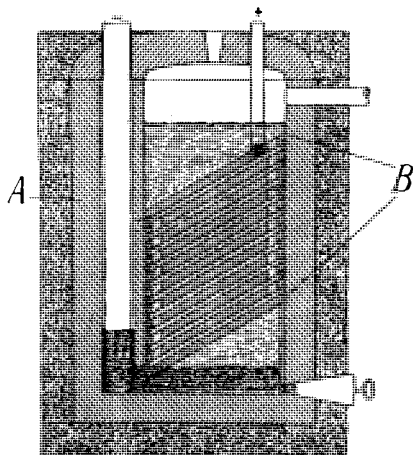
Mit diesen Apparaten kann man, ausgehend von 0,3–0,5 g Substanz, Reihenversuche durchführen.

Patent-Berichte über chemisch-technische Apparate.

III. Spezielle chemische Technologie.

1. Metallverbindungen.

Edgar Arthur Ashcroft, London. Verfahren und Vorrichtung zur elektrolytischen Behandlung geschmolzener Metallsalze behufs Wiedergewinnung der Metalle und Säureradikale, 1. dad. gek., daß die Elektrolyse der geschmolzenen Metallsalze mit Hilfe einer Reihe doppelpoliger Elektroden (B) zusammenwirkend in einem feuerfesten, zur Aufnahme des durch die geschmolzenen Metallsalze gebildeten Elektrolyten bestimmten Behälter (A) im



Mehrfachzellenbetrieb durchgeführt wird, wobei nur die erste und die letzte Elektrode einpolig sind und als Anschluß an den äußeren Stromkreis dienen. — 2. dad. gek., daß in einem feuerfesten, zur Aufnahme des durch die geschmolzenen Metallsalze gebildeten Elektrolyten bestimmten Behälter (A) eine Reihe Elektroden (B) für Mehrfachzellenbetrieb und in der Weise eingesetzt sind, daß die

Elektroden seitlich an den Innenwänden des Behälters einen isolierenden Abschluß bilden, so daß möglichst wenig Strom an den Seiten um die Elektroden herum verlorengeht. — 3. dad. gek., daß der Elektrolyt bzw. das geschmolzene Metallsalz im Behälter auf einer Temperatur von 450–500° erhalten und eine Stromdichte von zwei Amperes oder weniger pro Quadrat Zoll Elektrodenfläche benutzt wird. — Die Elektroden können alle aus demselben Stoff, z. B. aus Preßkohle oder Preßgraphit bestehen, und die Zahl der Elemente kann beliebig groß sein, wobei jeweils zwei einander zugekehrte Elektrodenflächen mit dem elektrolytgefüllten Zwischenraum je ein Element bilden. (D. R. P. 399 693, Kl. 40 c, vom 13. 2. 1923, Prior. Großbritannien 18. 2. 1922, ausg. 29. 7. 1924, vgl. C. 1924. II. 1726.) dn.

Chief Consolidated Mining Company, Eureka, Utah, V. St. A. Verfahren zur Behandlung kieseliger, oxydischer oder teilweise oxydischer Erze, wie Blei-, Silber- und Gold-erze, 1. dad. gek., daß das Erz, nachdem es von etwaigen Sulfiden vorher durch mechanische Aufbereitung praktisch befreit wurde, in gemahlenem Zustande einer Temperatur von über 900° und unter dem Schmelzpunkt ausgesetzt, bei dieser Temperatur mit einer Atmosphäre oder einem Strom

oxydierenden Gases behandelt wird, worauf die verflüchtigten Metalle aus den Abgasen abgeschieden werden. — 2. dad. gek., daß das Erz zuerst der Aufbereitung mittels Schwerkraft oder der Schwimmaufbereitung oder beiden unterworfen wird, und daß die Abgänge dieser Behandlung zweckmäßig in Form eines Schlammes der angegebenen Hitzebehandlung ausgesetzt werden, wobei die Temperatur nicht 1371° überschreitet. — Der Zweck der vorliegenden Erfindung besteht darin, ein Verfahren zu schaffen, mittels dessen oxydierte, kieselhaltige Erzminerale behandelt werden können, bei dem die wertvollen Mineralien gewonnen werden, die bei den üblichen Konzentrationsmethoden der Gewinnung entgehen und dadurch die Behandlungskosten gegenüber dem unmittelbaren Ausschmelzen des Erzes zu vermindern gestattet. Zeichn. (D. R. P. 400 335, Kl. 40 a, vom 13. 1. 1923, ausg. 5. 8. 1924, vgl. C. 1924. II. 1855.) dn.

Heinr. Wichmann, Bremen. Verfahren zur Verhinderung des Überhitzens von Schmelzgut unter Verwendung von Schmelzkörpern aus Metall oder Metalllegierungen mit bekannten Schmelzpunkten gemäß Pat. 383 952, dad. gek., daß der Schmelzkörper Bestandteile enthält, welche das Schmelzgut in seinen Eigenschaften verändern oder verbessern. — Während beim Hauptpat. der Schmelzkörper nur zur Erkennung des Schmelzpunktes des Schmelzgutes dient, enthalten die Schmelzkörper die zur Erzeugung der verlangten Eigenschaften erforderlichen Bestandteile in der dem Schmelzgut entsprechenden Menge, und es können außer Metallen auch noch Zusätze von Nichtmetallen gegeben werden, z. B. Graphit zur Erhöhung der Gleitfähigkeit. (D. R. P. 401 777, Kl. 31 c, Zus. z. D. R. P. 383 952, vom 20. 10. 1922, längste Dauer: 27. 3. 1940, ausg. 9. 9. 1924.) dn.

Dr. Erik Liebreich, Berlin-Halensee. Verfahren, die Innenwandungen eiserner Hohlkörper oder Gefäße, die wechselnden Temperaturen ausgesetzt sind, vor Rost zu schützen, besteht darin, daß man sie elektrolytisch mit Niederschlägen von rost-sicheren Legierungen des Eisens mit Chrom, Molybdän, Wolfram, Uran, Mangan, Kobalt und Nickel überzieht. — Ganz dünne elektrolytische Überzüge von derartigen Legierungen machen das Eisen vollkommen rost-sicher und bleiben bei Temperaturwechseln vollkommen fest haften. Gute Resultate wurden vorzugsweise mit Überzügen einer Chromeisenlegierung erzielt. Als Elektrolyte wurden Lösungen von Salzen solcher Metalle verwandt, deren Eisenlegierungen man niederzuschlagen wünscht. Die Lösungen müssen ziemlich konzentriert sein, um gute Resultate zu erzielen. Als Anoden wurden Eisendrähte oder Eisenstäbe verwandt. Es ist dies das einfachste Mittel, um auf dem kathodischen Eisen Niederschläge von Eisenlegierungen zu erhalten. (D. R. P. 401 779, Kl. 48 a, vom 24. 10. 1919, ausg. 9. 9. 1924.) dn.